



EDITORIAL

Andreas J. Zehnder
Vorstandsvorsitzender

Natürlich wird noch gespart. Trotz der Nullzinspolitik der EZB. Das Geld einfach unter das Kopfkissen zu legen, ist nun einmal keine Alternative (gewiss nicht nur wegen der zunehmenden Wohnungseinbrüche). Aber die Lust am Sparen schwindet. Denn wer auf Nummer Sicher gehen will – und das wollen die allermeisten – muss heute reale Einbußen in Kauf nehmen. Und ein Ende ist nicht in Sicht.

Weil die EZB Institute retten will, deren risikoreiches Geschäftsmodell die eigentliche Gefährdung darstellt, nimmt sie offenbar aber auch billigend in Kauf, dass risikoarme Geschäftsmodelle leiden – Geschäftsmodelle, bei denen nicht mit Kundengeldern gezockt wird. Das gilt für Lebensversicherungen, Pensionskassen und Versorgungswerke genauso wie für Sparkassen und Volksbanken und Bausparkassen. Ihnen kommt das billige EZB-Geld ebenfalls teuer zu stehen.

Es ist höchste Zeit, sich ernsthaft mit den Kollateralschäden dieser Nullzinspolitik auseinanderzusetzen – den bereits sichtbaren und vor allem den absehbaren. Am besten in einem konzertierten Vorgehen. Auch als Rückendeckung für diejenigen in der deutschen Politik und der Deutschen Bundesbank, die die Gefahren durchaus sehen.

Scharfe Kritik an Nullzinspolitik der EZB

Kalte Enteignung der Sparer und Gefahr für einlagenbasierte Finanzierung von Wohnungsbauinvestitionen.

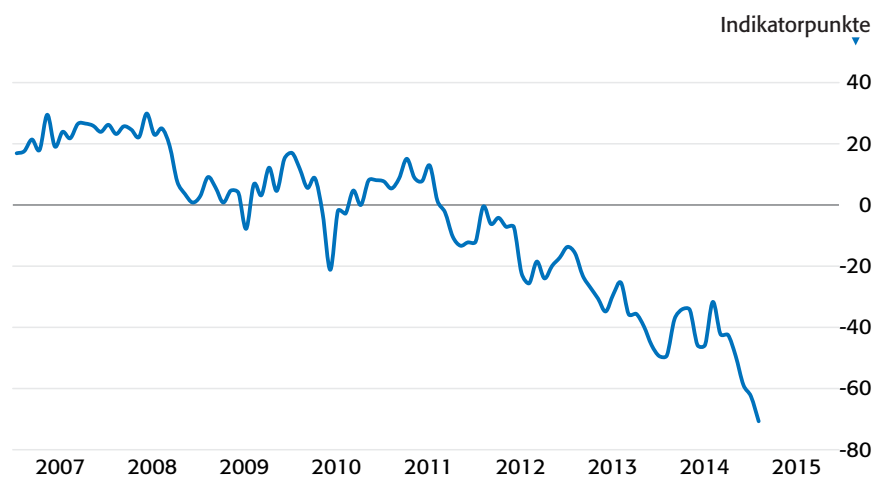
Beim 50. Königsteiner Gespräch des ifs Städtebauinstituts kritisierte der Vorstandsvorsitzende des Verbandes der Privaten Bausparkassen, Andreas J. Zehnder, mit scharfen Worten die Nullzinspolitik der EZB. „Wenn diese fortgesetzt wird, sind gravierende Folgen zu erwarten: für diejenigen, die sparen wollen; für diejenigen, die das Spargeld entgegennehmen: Lebensversicherungen, Pensionskassen, Sparkassen, Volksbanken und Bausparkassen; aber auch für diejenigen, an die die Ersparnisse

als Kredite ausgereicht werden: darunter die Bauwirtschaft und das regionale Handwerk.“

Zehnder nannte als Beispiel eine alleinerziehende Kita-Erzieherin, die seit zehn Jahren im Beruf steht. Nach Steuern blieben ihr knapp 25.000 Euro im Jahr. Sie habe nichts zum Streuen – wie die Standardempfehlung zur Geldanlage laute – und kein Spielgeld, bei dem es nicht schmerze, wenn es weg sei. Der Hinweis, doch auf Aktien zu setzen,

Fortsetzung auf Seite 2

Sparneigung auf historischem Tiefststand



■ Sparneigung

Quelle: GfK | EU-Kommission

INHALT

Scharfe Kritik an Nullzinspolitik der EZB	1	Plus und Minus bei Genehmigungen 2014	6	Hohe Förderrenditen bei Riester	7
Starterhäuser für Senioren	4	EuBV kritisiert Grünbuch-Überlegungen	7	„Sparförderung darf nicht austrocknen“	8
EU-Grünbuch zur Energieunion	6				

Fortsetzung von Seite 1

30 Jahre durchzuhalten und so jeden Kurssturz auszusitzen, helfe ihr auch eher wenig. Was sei denn, wenn das Geld dringend gebraucht werde?

„In der Vergangenheit“, so Zehnder, „haben sich Sparer, die auf Nummer Sicher gehen wollen oder müssen, darauf verlassen können, zumindest bei einer längerfristigen Anlage auch eine positive Rendite zu erzielen.“ Wer zum Beispiel Anfang 1987 einen Betrag von 1.000 D-Mark für vier Jahre fest anlegt habe, hätte in dieser Zeit nach Abzug der Inflation 126 D-Mark an Zinsen angesammelt.

Kalte Enteignung

Heute sei das anders. Auch wer längerfristig für das Alter spare, werde kalt enteignet. „Dies ist ein Phänomen der letzten zwei Jahre – also eine unmittelbare Folge der Nullzinspolitik der EZB.“ Diese werde assistiert von Fondsmanagern wie dem Anlagechef der Deutschen Bank, der den Deutschen geraten habe: „Hört auf zu sparen, gebt das Geld aus“. Ein anderer hätte gerufen: „Zerschlagt das Sparschwein“.

Die Protagonisten einer Anti-Sparkultur würden den Konsum, das „von-der-Hand-in-den-Mund-leben“, zur Tugend erklären – zum Umerziehungsprogramm. Ganz so, wie man es von der Subprime-Krise

kenne: mit 120-Prozent-Finanzierungen fürs Haus, weil schon damals ja am besten auch noch das Auto mitfinanziert werden sollte.

„Natürlich wird in Deutschland noch gespart“, erklärte Zehnder. „Aber die Lust daran geht zunehmend verloren.“ Das zeige auch der GfK-Indikator zur Sparneigung, der auf ein Allzeittief gesunken sei. Dabei müsste mehr gespart werden, nicht weniger. Denn die Vorsorgelücke im Alter werde angesichts der demografischen Entwicklung immer größer. „Für den, der sich nur auf die gesetzliche Rente verlässt, beträgt sie bald 50 Prozent.“

Auch einlagenbasierte Finanzierungssysteme als Leidtragende

Leidtragende seien aber nicht nur die Sparer. Auch klassische Regionalbanken wie Sparkassen und Volksbanken, deren Kerngeschäft die Hereinnahme von Spareinlagen und die Bereitstellung von Krediten an Privatkunden und Firmen sei, würden durch die Nullzinspolitik extrem belastet. Für den deutschen Mittelstand zum Beispiel seien die einlagenbasierten Kreditinstitute die wichtigsten Fremdkapitalgeber.

Auch die Pensionskassen und Versorgungswerke stöhnten. Die ultralockere Geldpolitik der EZB drücke den Rech-

nungszins nach unten, was zu steigenden Kosten für die betriebliche Altersversorgung führe. In vielen Betrieben ticke eine Zeitbombe. Dem Pensionsvermögen allein der DAX-Konzerne von 213 Milliarden Euro stünden Pensionsverpflichtungen in Höhe von 390 Milliarden gegenüber.

Die Lebensversicherer stünden vor der Frage, wie sie alte Zusagen einhalten können. Die Lebensversicherten selbst sähen jedenfalls ihre prognostizierten Werte von Jahr zu Jahr schwinden. Betroffen seien aber auch die Bausparkassen. Zehnder: „Sie kommen um unpopuläre Entscheidungen nicht herum. Dazu gehört die Kündigung von Verträgen, bei denen der gesetzlich definierte Zweck des Bausparens, die Erlangung eines Darlehens, entweder nicht mehr erreicht werden kann oder erkennbar nicht mehr im Vordergrund steht.“ Alle diese Institute litten unter einer Politik zur Rettung anderer Institute, deren Geschäftsmodell die eigentliche Gefährdung darstelle.

Laut Zehnder prägt die hiesige Sparkultur aber bekanntlich auch die Finanzierungskultur in Deutschland – gerade auch die im privaten Wohnungsbau. Welche Blüten das Ganze mittlerweile treibe, zeige das Beispiel Dänemark. Dort habe die Bank Nordea, wenn auch zeitlich und im Umfang begrenzt, ein variables Hypo-

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

thekendarlehen mit negativem Zins aufgelegt: Wer sich Geld geliehen habe, hätte die Kreditaufnahme sogar noch vergütet bekommen. „Ein Traum für jeden Häuslebauer – ein Alptraum für all diejenigen, die das zu Ende denken“, so der Verbandschef. Der Grund für diese Maßnahme: Das Parken des Geldes bei der Notenbank wäre noch teurer gewesen.

Gefahr für Spar- und Finanzierungskultur

Für Zehnder ist eines klar: „Nimmt die Sparkultur Schaden, dann hat das weitreichende Konsequenzen für die Art von Baufinanzierung, wie wir sie in Deutschland kennen.“ Der private Wohnungsbau sei die zentrale Säule des Wohnungsbaus insgesamt – und dieser werde mit einem Anteil von drei Vierteln ganz überwiegend von einlagenbasierten Instituten getragen. „Die Menschen bauen einen Risikopuffer aus Eigenkapital auf und realisieren dann mit Hilfe der Institute, mit denen sie das Sparen gelernt haben, ihren Traum vom Eigenheim. Die Vermögensbildung von Arbeitnehmern in Form des Wohneigentums wird auf diese Weise kalkulierbarer.“

Wohneigentümer wiesen eine weit überdurchschnittliche Sparquote auf. Bei gleichem Einkommen und frühzeitigem Sparbeginn verfügten sie deshalb im Rentenalter über ein deutlich höheres Vermögen als Mieter. 50- bis 59-jährige Eigentümer-Haushalte mit einem Nettoeinkommen zwischen 1.700 und 2.300 Euro pro Monat hätten immerhin doppelt so hohe



Der private Wohnungsbau – die zentrale Säule des Wohnungsbaus insgesamt – wird ganz überwiegend mithilfe einlagenbasierter Institute finanziert.

Geldvermögen wie die Mieter der gleichen Alters- und Einkommensklasse. Das Gesamtvermögen sei sogar fast sechsmal so hoch.

Garanten einer auf Solidität zielenden Finanzierungskultur seien ein hoher Anteil von Eigenkapital, eine langfristige Zinsfestschreibung, eine strenge Beleihungswertermittlung und hohe Bonitätsstandards. All dies habe maßgeblich zu langfristig verlässlichen Investitionen in den privaten Wohnungsbau geführt. Spekulative Blasen und hohe Ausschläge bei den Preisen habe es hierzulande deshalb bisher nicht gegeben.

Zahlen der Bundesbank zeigten, dass der Anteil der Kredite mit Beleihungsauslauf über 100 Prozent in besonders nachgefragten Regionen jetzt schon bei mehr als einem Drittel liege. Das sollte allen zu denken geben. „Der Unterschied zwischen einer Finanzierung mit und ohne Eigenkapital ist beträchtlich: Bei einer Finanzierungssumme von 200.000 Euro zum Beispiel kann die monatliche Rate bei einer Vollfinanzierung leicht 50 Prozent höher liegen. Für den Normalverdiener wächst jedenfalls das Risiko, in die Zinsfalle zu tappen.“ Das bliebe nicht ohne Folgen für die Institute, die die Finanzierung begleiteten. ■

Kurz berichtet: Golfplätze wichtiger als Wohnungen?

Der von der amtlichen Flächenstatistik verwendete Indikator für die Siedlungs- und Verkehrsfläche ist für politische Schlussfolgerungen ungeeignet. Darauf weist jetzt erneut das ifs-Städtebauinstitut hin. Unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten sollte man zumindest Grünanlagen nicht mit dem Etikett des „Flächenverbrauchs“ belegen. Aussagekräftiger wäre ein Indikator, der den Versiegelungsgrad der in Anspruch genommenen Flächen in den Mittelpunkt stellt.

Weitere Informationen: www.ifs-staedtebauinstitut.de

DEMOGRAFISCHER WANDEL

Starterhäuser für Senioren

Alte richten sich in Starterhäusern neu ein und machen so ihre angestammten vier Wände für Junge und eine Modernisierung frei. Wie eine Gemeinde in Baden-Württemberg Strategien für den demografischen Wandel und das Wohnen im Alter entwickelt.

Verglichen mit anderen ländlichen Gemeinden, die in einer alternden Gesellschaft mit sinkenden Geburtenraten, Abwanderung und allen Folgeerscheinungen wie Leerstand, Sanierungsstau bis hin zum Verfall zu kämpfen haben, erscheint in der 1.400 Einwohner zählenden Gemeinde Arnach in Baden-Württemberg erst einmal alles im Lot.

„Doch auch wenn wir nach wie vor einen gewissen natürlichen Einwohnerzuwachs durch Geburtenüberschuss haben und ebenso junge Leute, die hier bleiben wollen und hier auch ihr Auskommen finden. Der demografische Wandel ist natürlich auch bei uns spürbar“, sagt Roland Bürkle, der als Bürgermeister von Bad Wurzach der drittgrößten Flächengemeinde des Landes mit insgesamt neun Ortschaften vor-

steht. „Die Alterspyramide verschiebt sich auch bei uns.“

Arnach hat immer mehr ältere Menschen. Die Mehrzahl würde gern bis ins hohe Alter und auch bei Pflegebedürftigkeit da wohnen bleiben. Doch die kleine Ortschaft verfügt über kein Pflegeheim als eine mögliche Alternative für die Bewohner, die mit ihren großen Häusern auf großem Grundstück in die Jahre gekommen sind. Und ein Umbau kommt für sie aus vielerlei Erwägungen nicht mehr in Frage. - „Für uns reicht es noch“ heißt es nicht selten.

Belohnung für den Mut zum Wechsel

So entstand an Bürgertischen und in Arbeitsgruppen von Arnach unter anderem

die Idee mit den Starterhäusern, die die Gemeinde als Modellprojekt umsetzt. Die Häuser auf pflegeleichtem kleinen 300-Quadratmeter-Grundstück eignen sich nicht nur für junges Wohnen, sondern eben auch für Senioren oder eine kleine Wohngemeinschaft. Der Grundriss ist zugleich auf den Pflegefall zugeschnitten, das Erdgeschoss barrierefrei. Und oben kann später bei Bedarf eine Pflegekraft wohnen.

„Mit den Planungen für zwei Häuser sind wir auf der Zielgeraden“, sagt Bürkle. Baustart könnte voraussichtlich in den nächsten Wochen sein. 40.000 Euro steuert das Land unter bestimmten Voraussetzungen bei - „Belohnung auch für den Mut“, im Alter noch einmal neu zu starten. Zum anderen: Durch diesen Zuschuss können die Wechselwilligen ihre



Altersgerecht Wohnen in Arnach schließt auch die Umnutzung vorhandener Bausubstanz ein. So entstehen im Kulturdenkmal Finkhof in einem nicht mehr genutzten Teil des Schafstalles zwei seniorengerechte Wohneinheiten, die bei Heizung und Warmwasser von Solarenergie profitieren. Fotos: Bad Wurzach

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Einfamilienhäuser günstiger an Jüngere abgeben. Denn auch in Arnach erbringen ältere Gebäude inzwischen oft nicht mehr den Erlös, um etwas Neues anzupacken – sofern sich überhaupt Interessenten dafür finden. „Hier helfen wir mit unserer Förderung“, erklärt der Bürgermeister.

Alte Tradition und neue Tauschidee

Platz machen für die Nachfolgeneration. Mit dem Starterhaus greift die Kommune dabei - wie Bürkle erläutert - die alte dörfliche Tradition des Ausgedinghauses als „bewährte und bezahlbare Wohnform“ in zeitgemäßer Weiterentwicklung auf. Wenn der alte Bauer den Hof an seinen Nachfolger und Erben übergab, tauschte er sein Domizil im Haupthaus gegen ein kleineres im Nebengebäude. Und die junge Familie siedelte von dort ins Hauptgebäude um. Auch das Ortsbild profitiert

Heutzutage wollen junge Familien allerdings zumeist lieber neu- als umbauen. „Genau diese Diskussion hatten wir auch“, bestätigt der Bürgermeister. „Aber wenn die Grundstücke mit den alten Häusern ihren Wert behalten und nicht irgendwann leer stehen sollen, müssen Jüngere übernehmen und investieren.“ Es sei zugleich die kostengünstigere Variante für alle Beteiligten.

Und sie tut dem Ortsbild gut. Es kann schließlich nicht im Sinne der Erbengeneration sein, dass neue Eigenheime neben dann verfallenden Häusern stehen. „Wir möchten Beispiele schaffen, die zeigen: Es kann funktionieren. Wir können die alte Bausubstanz erhalten“, erklärt der Bürgermeister.

In den drei Modellfällen läuft der Stabwechsel tatsächlich auch innerhalb der Familie: Die erwachsenen Kinder übernehmen als Käufer ihr Elternhaus. Und die Eltern ziehen in den Ortskern. Dort werden so zwei Baulücken geschlossen und ein Hausabriss kompensiert.



Bürgermeister Roland Bürkle | Foto: Bad Wurzach

Ausbaufähiges Modell

Das Modell sei auf jeden Fall noch ausbaufähig. Es sollte nicht nur zwischen den Generationen einer Familie klappen, sondern generell zwischen Alt und Jung, wünscht sich der Bürgermeister. „Das streben wir jedenfalls an.“

Wenn sich immer wieder jemand im Ort für eine solche Tauschidee Groß gegen Klein entscheidet, bleibt auch der Ortskern von Arnach in Zukunft belebt. Weniger Bauflächen auf der grünen Wiese werden versiegelt. Und trotzdem finden im Ort auch künftig viele junge Familien ihre Bleibe. Das sind ebenso Überlegungen, die dahinter stehen. Und man kann sich in Arnach ergänzend noch viele Varianten vorstellen.

Das Konzept der Gemeinde schließt auch eine seniorengerechte Infrastruktur ein: Aufzüge, Verkehrsampeln bis hin zum stadteigenen Seniorenbus zum Arzt, Einkauf oder Konzert. „Solche Systeme brauchen wir. Mobilität spielt eine große Rolle“, so Roland Bürkle. „Denn am gesellschaftlichen Leben kann man nur teil-

nehmen, wenn man tatsächlich überall hin- und dann auch reinkommt.“

Mittendrin statt mittendurch

Der Dorfplatz soll dabei wieder eine zentrale Rolle spielen und als Treffpunkt für Jung und Alt zum Verweilen einladen. Künftig ohne Durchgangsverkehr. Der Umweg ist Minutensache. Doch auf Gewohnheiten verzichtet man erfahrungsgemäß nicht so gern. „Das hat schon zu Diskussionen geführt“, sagt der Bürgermeister. Aber das sei normal in einer Gesellschaft, die so vielfältig aufgestellt ist. „Ohne Diskussion wäre es nicht normal.“

Ortskerne in ländlichen Gemeinden erhalten und die Lebens- und Wohnverhältnisse verbessern. Das sind auch die zentralen Stichworte eines landesweiten Förderprogramms in Baden-Württemberg, das sich eben diesem Anliegen widmet. Das Kürzel MELAP steht dabei für: Modellprojekt Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potenzials. Modellorte wie Arnach erarbeiten dabei Lösungen und vermitteln Erfahrungen. ■

BERICHT AUS BRÜSSEL

EU-Grünbuch zur Energieunion

Vor kurzem hat die EU-Kommission ein Grünbuch zur Energieunion veröffentlicht. Um das Ziel einer langfristigen Nachhaltigkeit im Energiesektor zu erreichen, sollen Maßnahmen u.a. im Bereich der Energieeffizienz getroffen werden. Dabei sieht die Kommission vor allem bei der Gebäudenachrüstung ein erhebliches Verbesserungspotential.

Die EU-Kommission erkennt an, dass die Arbeiten hierzu überwiegend auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene erfolgen müssen. Dennoch will sie durch die Schaffung eines geeigneten Rahmens ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Insbesondere auf lokaler Ebene sei es aufgrund eines fehlenden Bewusstseins und mangelnder Erfahrungen mit der Mikrofinanzierung noch immer eine Herausforderung, Anreize für Investitionen im benötigten Umfang zu schaffen. Die EU-Kommission will daher Möglichkeiten zur Vereinfachung des Zugangs zu vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten unterstützen und Standard-Finanzierungsmodelle für die Verwaltungsstellen der europäischen Struktur- und Investitionsfonds sowie für interessierte Akteure bereitstellen. Außerdem sollen neue Finanzie-

rungssysteme und neue Finanzierungs- und Fördertechniken in Form von technischer Unterstützung entwickelt werden. Angekündigt wird eine Initiative zur „intelligenten Finanzierung intelligenter Gebäude“.

Sich selbst hat die EU-Kommission das Ziel gesetzt, bis 2030 Energieeinsparungen von mindestens 27 Prozent zu erreichen. Für 2015 und 2016 wurde eine Überprüfung aller relevanten Rechtsvorschriften zu Energieeffizienz angekündigt, der bei Bedarf ein Vorschlag für Revisionen folgen soll. Nicht genannt wird allerdings das Kriterium, nach dem sich Energieeffizienz im Gebäudebereich bemisst. Die Aussage, dass 75 Prozent des EU-Gebäudebestands nicht energieeffizient seien, ist damit unscharf. Für Deutsch-



Die Europäische Kommission in Brüssel

land ist jedenfalls von einem deutlich besseren Wert auszugehen. Auch ist der Ansatz eines „One-size-fits-all-Konzept“ verfehlt. Bewährte nationale Finanzierungsinstrumente, die auf unterschiedliche Motivlagen der privaten Investoren Rücksicht nehmen, dürfen nicht auf Spiel gesetzt werden. ■

WOHNUNGSBAU

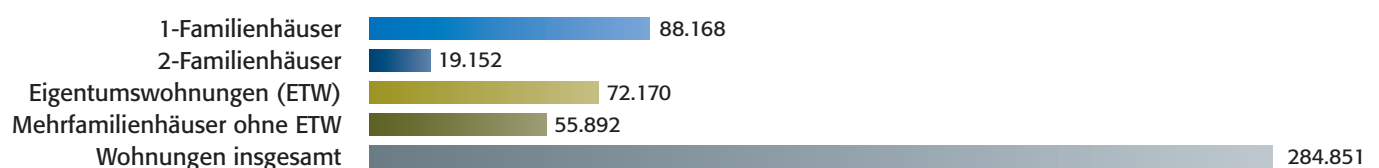
Plus und Minus bei Genehmigungen 2014

Ein (allerdings nachlassender) Zuwachs bei Eigentums- und Mietwohnungen von 8,8 bzw. 8,9 Prozent und ein Rückgang bei Ein- und Zweifamilienhäusern von

-1,4 bzw. -5,8 Prozent – so unterschiedlich zeigt sich die Entwicklung der Wohnungsbaugenehmigungen 2014 gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt gab es ein

Plus von 5,4 Prozent nach 12,9 Prozent im Vorjahr. ■

Wohnungsbaugenehmigungen 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt

EU-KAPITALMARKTUNION

EuBV kritisiert Grünbuch-Überlegungen

Die Europäische Bausparkassenvereinigung kritisiert auf das Schärfste die Pläne von Kommissar J. Hill zur Europäischen Kapitalmarktunion, die eine Abkehr von bisherigen Überlegungen darstellen.

Ein Kernelement darin ist die Absicht, Spareinlagen der privaten Haushalte durch gezielte Anreize verstärkt in die Kapitalmärkte zu transferieren. „Normalverdiener und einkommensschwächere Haushalte entscheiden sich in vielen Ländern doch bewusst für risikoarme Anlagen. Wer wenig finanzielle Reserven im Rücken hat, hat nun einmal viel zu verlieren“, erklärte der Geschäftsführende Direktor Andreas J. Zehnder. „Der Verbriefungsmarkt ist für sie keine Alternative. Die Kommission sollte das Sicherheitsbedürfnis der Menschen stützen und sie nicht in Abenteuer hineinlocken.“

Unverständlich ist für Zehnder auch der indirekte Vorwurf der angeblich mangelnden Produktivität des Sparens mit

dem Ziel der Finanzierung der eigenen vier Wände. Eine solide Finanzierung dieses Lebensstraums biete nicht nur Schutz vor einer Überschuldung. Sie sei auch Voraussetzung für langfristig stabile Baufinanzierungsmärkte und von dieser Stabilität profitiere die Realwirtschaft. „Ist eigentlich schon vergessen, welche verheerenden weltweiten Auswirkungen die Vergabe von Subprime-Krediten auf viele Familien, auf Wachstum und Arbeitsplätze hatte?“, fragte Zehnder. Dass angelsächsische Modelle gerade in der Wohneigentumsfinanzierung keine Blaupause sein können, hätten gerade die Krisen in den USA und Großbritannien bewiesen.

Mit ihrem neuen Grünbuch vollziehe die EU-Kommission bedauerlicherweise auch

eine Kehrtwende gegenüber ihrem letzten Grünbuch zur langfristigen Finanzierung der europäischen Wirtschaft. Vor zwei Jahren habe sie ihren Schwerpunkt noch auf nachhaltiges Wachstum gelegt. Wenn jetzt die Rolle einer streng reglementierten einlagenbasierten Kreditwirtschaft zu Gunsten eines kaum regulierten und wenig transparenten globalen Kapitalmarktes geschwächt werden sollte, bestünde die Gefahr, dass diese Nachhaltigkeit auf der Strecke bleibe. Zehnder: „Eine höhere theoretische Hebelwirkung zum Vorteil Weniger rechtfertigt es nicht, in der Praxis bewährte und von den Menschen akzeptierte Strukturen aufs Spiel zu setzen.“ ■

WOHN-RIESTER

Hohe Förderrenditen bei Riester

„Und Sparen lohnt sich doch!“ Das erklärte Prof. Dr. Thomas Dommermuth, Steuerberater und Vorsitzender des Beirats des Instituts für Vorsorge und Finanzplanung GmbH in Albstadt/WN, in seiner faktenreichen und gleichzeitig humorvollen Dinner Speech beim 50. Königsteiner Gespräch des ifs Städtebauinstituts.

In der jetzigen Phase empfiehlt er für sicherheitsorientierte Kleinsparer staatlich gefördertes Sparen. Beispiel Wohn-Riester: Hier seien im unteren Einkommensdrittel Förderquoten von über 50 Prozent keine Seltenheit. In einem Rechenbeispiel kam er für einen Sparer mit einem Bruttojahreseinkommen von 25.000 Euro sogar auf über 80 Prozent. Das heißt: Pro selbst eingezahltem Euro legt der Staat hier mehr als 80 Cent drauf. Die Rendite beträgt in diesem Fall nach einem 20-jäh-

rigen Sparzeitraum allein durch die staatliche Förderung über 5 Prozent pro Jahr – und bei Berücksichtigung der nachgelagerten Besteuerung immerhin noch 4 Prozent. Sein Kommentar dazu: „Eigentlich müssten öffentliche Auspeitschungen stattfinden für diejenigen, die das unterlassen.“

Die Rede wird abgedruckt im Band 80 der Schriftenreihe des ifs. Diese erscheint im Juni 2015. ■



Prof. Dr. Thomas Dommermuth

„Sparförderung darf nicht austrocknen“

„Die Niedrigzinspolitik der EZB hat gravierende Auswirkungen auf die Vermögensbildung breiter Schichten in Deutschland. Wenn wir sie nicht ändern können, müssen wir uns wenigstens verstärkt um deren Nebenwirkungen kümmern.“ Das betonte der Kuratoriumsvorsitzende des ifs-Städtebauinstituts in Berlin, Eduard Oswald, anlässlich der 50. Königsteiner Gespräche.

Der ehemalige Bundesbauminister wies darauf hin, dass der normale Bürger das Geld, das er sparen könne, ohne Risiko anlegen wolle. Bei den derzeit extrem niedrigen Zinsen sei aber ein realer Vermögenszuwachs fast nur noch mit Hilfe einer staatlichen Sparförderung möglich. „In den letzten Jahren“, so Oswald, „sind immer mehr Menschen durch rein nominale Einkommenssteigerungen aus dieser Förderung herausgewachsen.“ Denn die Einkommensgrenzen bei der Arbeitnehmer-Sparzulage und der Wohnungsbauprämie wären seit mehr als 15 Jahren nicht mehr

angehoben worden. Im gleichen Zeitraum hätten aber die Löhne und Gehälter um mehr als 25 Prozent zugelegt.

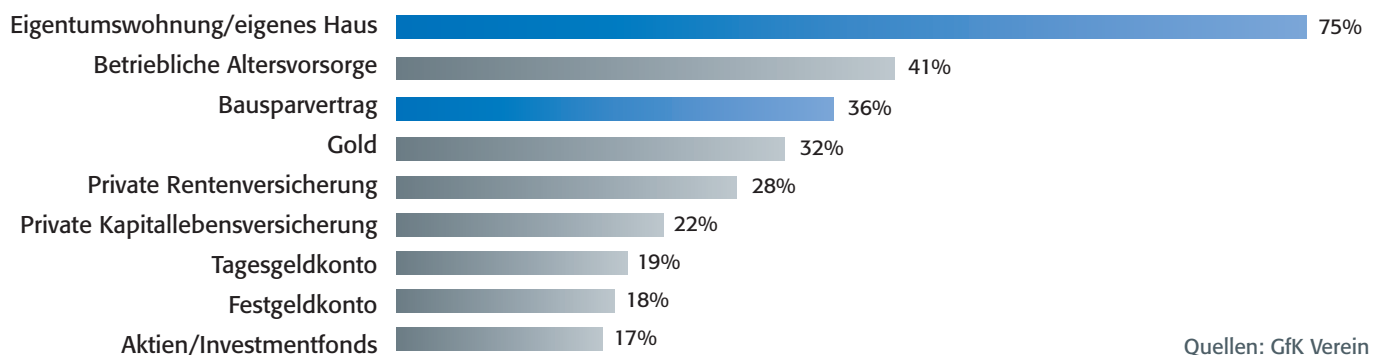
Damit sei der Kreis der Empfangsberechtigten von Jahr zu Jahr kleiner geworden, obwohl sich die reale Einkommenssituation der unteren und mittleren Einkommensbezieher oft kaum verbessert habe. „Gerade diese Menschen brauchen die Förderung als Anreiz zum Sparen“, erklärte Oswald. „Die Sparförderung darf nicht austrocknen“.



Der Kuratoriumsvorsitzende Eduard Oswald erinnerte in seiner Begrüßung auch an die Anfänge des ifs-Städtebauinstituts.

TOP 10 der attraktivsten Geldanlagen

Laut Investmentbarometer 2015 des GfK Vereins sind das für die deutschen Sparer derzeit die attraktivsten Geldanlagen – unabhängig davon, wie selbst gespart wird:



IMPRESSUM

Herausgeber:
 Verband der Privaten Bausparkassen e. V.
 Für den Inhalt verantwortlich: Alexander Nothaft
 Satz: Eins 64 Grafik-Design, Bonn

Anschrift der Redaktion:
 Klingelhöferstraße 4 · 10785 Berlin
 Telefon: (030) 59 00 91-523 · Telefax: (030) 59 00 91-501
 Internet: www.bausparkassen.de